

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kellermeier,
sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

die Aufstellung und Verabschiedung eines Haushaltsplanes ist seit je mehr oder minder auch „ein Blick in die Glaskugel“. Werden die avisierten Erträge wirklich erreicht, reichen die Ansätze für die Aufwendungen wirklich aus oder kommt es auf der einen oder anderen Seite zu - meistens negativen - Überraschungen?

Das ist auch in diesem Jahr nicht anders, wobei die Unwägbarkeiten noch größer sind als in vielen früheren Jahren.

Betrachtet man die nackten Zahlen, so liegt ein Haushaltsplan der Superlative mit Gesamterträgen von etwa 20,5 Mio. € (+ 21 %) vor. Leider liegen die geplanten Aufwendungen noch einmal etwa 1,5 Mio. € (+ 26 %) höher.

Bei den Erträgen macht sich die weiterhin gute konjunkturelle Lage bemerkbar, sodass über Steuern und Umlagen etwa 900 T€ mehr dem Haushalt zufließen sollen. Hoffen wir, dass die teils Besorgnis erregenden Meldungen der letzten Wochen z. B. aus Fernost hier keine unliebsamen Überraschungen hervorrufen.

Hinzu kommen Erstattungen, die sich aus der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge ergeben. Dem stehen in diesem Bereich allerdings auch deutliche Mehraufwendungen gegenüber. Somit ist der o. g. Gesamtfehlbetrag zu überwiegendem Teil aus den Mehraufwendungen für die Flüchtlinge zurückzuführen.

Dabei konnte der Bürgermeister doch noch im Dezember bei der Einbringung des Haushaltes das positive Signal verkünden, dass die Mehrbelastungen für die Flüchtlingsarbeit sich nicht verschlechternd auf den Haushalt auswirken würden. Wenige Tage später war diese Aussage leider überholt. Wie wir alle wissen, ist

die Verwaltung von anderen Kostenerstattungen ausgegangen, wie sie dann von der Landesregierung und dem Städte- und Gemeindebund vereinbart wurde. Diese Vereinbarung führte dazu, dass im Haushaltsplan plötzlich Mindereinnahmen von über 1,25 Mio. € verarbeitet werden mussten. Ich will die gegenseitigen Schuldzuweisungen, die in den vergangenen zwei Wochen über die Presse ausgetragen wurden, hier nicht wiederholen.

Wenn aber eine Vereinbarung dazu führt, dass die Kommunen pro Kopf völlig unterschiedliche Erstattungen bekommen und eine Kommune wie z.B. Schöppingen, die aufgrund einer vorhandenen Landesaufnahmestelle keine eigenen Flüchtlinge unterbringen, versorgen und somit finanzieren muss, trotzdem zudem noch Leistungen aus dem FLüAG von über 1 Mio. € bezieht, dann liegen dieser Vereinbarung deutliche handwerkliche Fehler zugrunde. Diesen Vorwurf müssen sich das Land und der Städte- und Gemeindebund, der ja schließlich die Vertretung aller Kommunen des Landes NRW ist bzw. darstellen sollte, gefallen lassen.

Diese nicht sachgerechte Verteilung der Finanzmittel führt - wie bei uns in Recke - nicht nur zu einer überproportionalen Belastung des kommunalen Haushaltes. Sie **kann** in den betroffenen Kommunen auch zu einer Antistimmung gegenüber Flüchtlingen führen und somit Wasser auf die Mühlen all der Hohlköpfe sein, die aus der Flüchtlingskrise Kapital für ihre zweifelhaften politischen Ziele schlagen wollen.

Natürlich können wir in Recke weder die Ursachen noch die Probleme der Flüchtlingsproblematik lösen. Daran droht ja sogar die internationale Staatengemeinschaft zu scheitern. Da wir aber die Auswirkungen direkt hier vor Ort spüren, möchte ich doch einige Aussagen dazu machen.

Spätestens seit Franz-Josef Strauß wissen wir, dass „es in Bayern rechts von der CSU keine demokratisch legitimierte Parteigegeben darf.“ Seit einiger Zeit erleben wir, dass gerade einige bayerische „Spitzenpolitiker“ diese Position festigen wollen. Anstatt konstruktiv im Rahmen der großen Koalition an Lösungen zu arbeiten, die einem westlich geprägtem, christlich-sozialem Weltbild gerecht werden, setzt man immer stärker auf primitive Stimmungsmache, wie man sie sonst von den Rechtspopulisten der AfD, von Pegida und deren Ablegern kennt. Dabei waren es gerade die Münchener Bürger, die im Sommer ein Zeichen einer sich an europäischen Wertmaßstäben orientierenden, weltoffenen Willkommenskultur gesetzt haben. Angesichts bevorstehender Landtagswahlen scheinen zuletzt aber auch Politiker anderer Couleur aus Angst vor Stimmenverlusten vermehrt am rechten Rand auf Stimmenfang gehen zu wollen.

Natürlich ist es selbstverständlich, dass die Flüchtlinge sich mit unseren Wertmaßstäben identifizieren und unsere Gesetze achten müssen. Übergriffe wie beispielsweise in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten, Eigentumsdelikte, Körperverletzungen etc. sind absolut verwerflich. Nicht akzeptabel ist aber auch der Umgang einiger Landespolitiker mit diesen Vorkommnissen. Einigen geht es offensichtlich nicht darum, an Lösungen zu arbeiten, sondern nur darum, Köpfe rollen zu sehen.

Negativschlagzeilen haben wir in Recke bislang glücklicherweise nicht. Das liegt sicherlich zum einen an dem unermüdlich hohen Engagement und Einsatz aller der mit der Flüchtlingsarbeit betroffenen Personen. Zu nennen ist hier das Bündnis für Flüchtlinge, viele weitere Privatpersonen und Vereine, die Kirchengemeinden und natürlich die Mitarbeiter der Verwaltung, insbesondere aus dem Fachbereich II.

Die ehrenamtlich und hauptamtlich geleistete Arbeit verdient höchste Anerkennung, die ich an dieser Stelle verbunden mit einem riesigen Dank aussprechen möchte. Keiner weiß, wie die Entwicklung weitergeht. Aber für Recke bin ich mir sicher: Wir schaffen das!

Einen ebenso großen Beitrag leisten aber auch unsere Gäste, von denen einige in absehbarer Zeit sicherlich Mitbürger werden. Die Berichterstattung zur Situation der Flüchtlinge vor Ort war fast durchweg positiv, ein weiteres Beispiel, das sich kurz vor dem Jahreswechsel in unserer Gemeinde ergab, möchte ich an dieser Stelle anhand eines Facebook Beitrags berichten:

„Hey Leute, ich habe gestern mein Portmonee verloren, auf der Straße, mit 70 €, Perso, Führerschein, Bankkarte, alles drin. Ein Vater einer syrischen Flüchtlingsfamilie hat es gefunden und es direkt, ohne dass irgendwas gefehlt hat, bei einer deutschen Familie (seinen Nachbarn) abgegeben, damit die mich kontaktieren. Habe mich heute mit einem kleinen Geschenk bedankt und es sind sehr, sehr nette Menschen, die sich total gefreut haben.“

Diese Menschen haben fast alles verloren und sind trotzdem noch so gutherzig und ehrlich, dass es mich schon selber wundert und mich die Anfeindungen gegenüber Flüchtlingen noch trauriger machen. Viele Deutsche sollten mal darüber nachdenken, wie sie über andere Leute reden und was für Vorurteile sie haben.“

Wenn ich eben vom Blick in die Glaskugel gesprochen habe, so gilt das insbesondere für die Zahlen im Sozialbereich. So gibt es Hinweise auf eine Aufstockung der Landesmittel und somit auch höhere Zuweisungen für Recke. Außerdem ist den Aussagen des Städte- und Gemeindebundes zu entnehmen, dass im HH-Jahr 2017 mit Rückerstattungen zu rechnen ist. Aufgrund der Zusage des Innenministers, zukünftig die überproportionale

Flüchtlingszuweisung an den ländlichen Raum - Ibbenbürens Bürgermeister Dr. Schrameyer hat es als „schreiende Ungerechtigkeit“ auf den Punkt gebracht - durch eine verstärkte Verteilung auf die Städte gerechter zu gestalten, ist es doch fraglich, ob wir in Recke wirklich auf die von der Verwaltung angenommene Zahl von 400 Personen im laufenden Jahr kommen. Andere Kommunen gehen von geringeren Zuwächsen aus, die die dann zu geringeren Ausgaben führen würden.

Die Flüchtlingsproblematik zieht sich wie ein roter Faden fast durch alle Bereiche des Haushaltes. Natürlich hat sie auch Auswirkungen auf den Personalbereich. Bereits Ende 2015 war mit knapp 49,5 Stellen der höchste Wert seit 2005 erreicht. Mit diesem Haushaltsjahr ist eine weitere Ausweitung der Gesamtstellenzahl auf 53 Vollzeitstellen vorgesehen. Diese Erhöhung ist vor allem auf die zusätzlichen Aufgaben der Flüchtlingsbetreuung durch den FB II zurückzuführen.

In der Vergangenheit hat die Ausweisung neuer bzw. Wiederbesetzung bestehender Stellen nicht immer unsere Zustimmung gefunden. In diesem Jahr ist eine Aufstockung jedoch auch aus unserer Sicht nachvollziehbar, um die laufenden Aufgaben zu bedienen aber auch angefallene Überstunden und Resturlaubszeiten sukzessive abbauen zu können.

Dennoch werden wir - so wie es der Bürgermeister im Stellenplan für Verwaltung und Rat gefordert hat - „dem Stand und der Entwicklung der Personalkapazität auch zukünftig besondere Aufmerksamkeit widmen müssen, da die Personalaufwendungen auch weiterhin eine wichtige Komponente bei der Konsolidierung des gemeindlichen Haushaltes bilden.“

Erstmals finden sich im Stellenplan „kw-Vermerke“, sodass mittelfristig wieder mit einer sinkenden Beschäftigtenzahl Haushaltsentlastungen möglich werden können. Aus unserer Sicht ein positives Signal, allerdings dürfen diese „kw-

Vermerke" aber nicht als Lippenbekenntnisse oder Beruhigungspillen für den Rat dienen.

Aktuell hat sicherlich die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge höchste Priorität. Parallel wird aber auch die Integration der anerkannten bzw. geduldeten Flüchtlinge eine ebenso wichtige Aufgabe werden. Dies ist allein durch ehrenamtliche Arbeit wohl kaum zu leisten, insofern unterstützt das KBR den Vorstoß von Diakon Spliethoff aus dem Sozialausschuss, der die Einstellung eines Sozialarbeiters anregte.

Daher beantragt das KommunalBündnis Recke:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den zuständigen Vertretern der Kirchengemeinden sowie der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe den Bedarf und das Aufgabenfeld einer zusätzlichen Stelle eines Sozialarbeiters zu erarbeiten und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Bislang ist es Herrn Hagemann und Herrn Walter mit ihren Mitarbeitern immer noch gelungen, ausreichend Wohnraum für neu ankommenden Menschen anzumieten. Der Weg, dabei auf überwiegend kleinere Wohneinheiten und eine dezentrale Verteilung zu setzen, hat sich bewährt. Mit der Bodelschwingschule haben wir aber auch eine Unterkunft, die mit etwa 50 Personen aus unterschiedlichen Herkunftsländern belegt ist. Aufgrund der vom Rat bereits auf den Weg gebrachten Neugestaltung des Areals wird diese Unterkunft nur noch für einen begrenzten Zeitraum zur Verfügung stehen. Andere Unterkünfte haben auch nur den Charakter einer Notunterkunft. Insofern steigt die Herausforderung, zukünftig noch mehr adäquaten Wohnraum bereitzustellen. Die Verwaltung hat konsequenterweise entsprechend einen Betrag von 700 T€ zum Erwerb oder Bau von Immobilien eingestellt. Bereits jetzt zeigt sich jedoch, dass aufgrund der Aktivitäten der Gemeinde der Markt für bezahlbare

Wohnungen immer enger wird. Wir müssen aber natürlich auch an die anderen Menschen denken, die auf günstigen Wohnraum angewiesen sind. Eine Revitalisierung des sozialen Wohnungsbaus, der mit einer Ausnahme über Jahre hinweg nicht stattfand, ist hier notwendig.

Vor dem Hintergrund des engen Wohnungsmarktes ist es aus unserer Sicht sehr problematisch, wenn im Zuge der geplanten Ansiedlung des Aldi- und eines Drogeriemarktes zwei Wohnhäuser zugunsten weiterer Parkplatzflächen weichen sollen. Bereits jetzt gibt es entlang des Kunstrasenplatzes - somit in nächster Nähe - eine Vielzahl von Parkflächen, außerdem kommt es aufgrund der deutlich verlängerten Ladenöffnungszeiten zu einer Verminderung der hochfrequentierten Einkaufszeiten, sodass der vorhandene Parkraum ausreichend sein sollte.

Da eine Entwicklung im Bereich des alten Edeka-Marktes nur durch eine Änderung des Bebauungsplanes möglich ist, hat die Gemeinde Recke hier einen Faustpfand in der Hand. Anstatt sich den Wünschen der Investoren nahezu willenlos zu ergeben, sollten wir uns selbstbewusst unsere Anliegen vertreten. Die Fehler, wie sie sich unlängst auch bei der Erweiterung des jetzigen Edeka-Marktes wiederholt haben, gilt es zukünftig zu vermeiden.

Bezüglich der Erweiterung des Gebäudes des jetzigen EDEKA-Marktes ernten Rat und Verwaltung für die Gestaltung der langen Wand entlang des Wulferkamps zu Recht viel Kritik aus der Bevölkerung. Gäbe es die Straße „Lange Wand“ nicht schon in Recke, so müsste man den Wulferkamp nahezu zwingend umbenennen.

In Recke gibt es zahlreiche Stimmen, die hie von einem Versagen des Bauausschusses und des Gemeinderates sprechen. Das nehmen wir so nicht hin.

Speziell unsere Ausschussmitglieder haben hier viel Arbeit investiert und attraktive Vorschläge gemacht.

In diesem Sinn drängen wir weiterhin auf ein städtebaulich angemessenes Gesamtkonzept für den Altstandort „Edeka“, das sowohl den Belangen der Anlieger als auch der besonderen zentralen Ortslage gerecht wird.

Jetzt aber zurück zu den Investitionsvorhaben im Haushalt. Angesichts der schwierigen Finanzlage erscheint das Gesamtvolumen von über 7 Mio. € widersprüchlich. Ein genauerer Blick zeigt, dass das Programm sicherlich ambitioniert, aber sinnvoll ist. Auch wenn es zu großen Teilen über Darlehn finanziert werden muss.

Neben den jährlich wiederkehrenden Ertüchtigungen in den Produkten Abwasser und Gemeindestraßen gibt es aber auch viele Positionen, die näher betrachtet werden müssen. Im Schulbereich findet man für die Sanierung der Fachklassenräume an der Fürstenbergschule für die kommenden drei Jahre einen Zuschuss von insgesamt 750 T€, jährlich somit 250 T€. Trotz angespannter Finanzlage sind sich Rat und Verwaltung ihrer Verantwortung für die Schule, die ein wesentlicher Standortfaktor unserer Gemeinde ist, bewusst. Andererseits erwarten wir aber auch, dass der gesetzte Finanzrahmen eingehalten wird, die negativen Erfahrungen mit den mehrfachen Kostensteigerungen beim Bau der Mensa dürfen sich nicht wiederholen.

Ein weiterer größerer Betrag mit 55 T€ ist für die Sanierung/Umgestaltung des Schulhofes an der Overbergschule Recke zu einem Bolzplatz eingeplant. Vor ziemlich genau vier Jahren, am 09.02.2012 hat es im Rahmen der damaligen Haushaltsberatungen bereits einen Antrag der KBR-Fraktion zur Umgestaltung des Schulhofes, vor allem in den großflächig asphaltierten Bereichen gegeben. Erste Maßnahmen wurden zwar bereits im Jahr 2012 ergriffen, weitere dann aus

Kostengründen immer wieder verschoben. Insofern findet dieser Haushaltsansatz, mit dem jetzt vier Jahre später endlich der Kernpunkt der Sanierung umgesetzt werden soll, unsere volle Unterstützung.

Ein gewisses Maß an Ausdauer und Geduld sind halt in der politischen Arbeit unerlässlich.

Weitere Finanzmittel sind für den Grunderwerb zur Bereitstellung neuer Bauplätze, vor allem im Bereich Weidenweg, eingestellt. Somit sind wir in Recke auf dem richtigen Weg, auch in Obersteinbeck werden durch den privaten Investor noch Bauflächen angeboten. In Steinbeck sieht es dagegen schon anders aus. Das neue Baugebiet am Waldfreibad ist nahezu ausverkauft. Zur Sicherstellung der Infrastruktur ist aber auch für Steinbeck eine behutsame Weiterentwicklung nötig. Aufgrund der langen Vorlaufzeiten bis zum möglichen Verkauf von Bauplätzen sehen wir hier dringenden Handlungsbedarf.

Daher beantragt das KBR:

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Ortsteil Steinbeck potentielle Baulandflächen zu ermitteln und Sondierungsgespräche mit den Grundstückseigentümern zu führen. Zur Minimierung des Flächenverbrauchs ist eine Abrundung bestehender Bereiche anzustreben. Die Ergebnisse sind dem Rat im Laufe des Jahres 2016 vorzulegen.

Zur Eindämmung des Flächenverbrauchs wird es in den kommenden Jahren parallel dazu aber auch zentrale Aufgabe von Rat und Verwaltung sein, alte Siedlungsstrukturen attraktiv zu halten, freiwerdenden Wohnräume für den Wohnungsmarkt verfügbar zu machen und durch Baulückenschließung auf eine Wohnbauverdichtung in allen Ortsteilen hinzuwirken.

Eine weitere Mio. € sind für mögliche *Gesellschafterdarlehn* an die RAV zur *Beteiligungsfinanzierung* an den *Bürgerwindgesellschaften* in *Hopsten/Twenhusen* sowie in *Espel* eingestellt. Der Erfolg unserer *gemeindeeigenen Windkraftanlage*, die im ersten vollen Ertragsjahr 2015 das *prognostizierte Einspeiseziel* von 3,9 Mio. kwh um ca. 30 % *übertraffen* hat, sollte uns *bestärken*, in diesem *rentierlichen Bereich* zu *investieren*. Dies wird *mittelfristig* zu *Entlastungen im Haushalt* führen und auch bei der *Erfüllung der Klimaschutzziele* ein *Baustein* sein.

Bereits seit dem Jahr 2000 gibt es die *WRRL* der *Europäischen Union*, entsprechend wurden die *nationalen Vorgaben 2002* angepasst. Danach sind die *Mitgliedstaaten* dazu *verpflichtet*, die *Wasserqualitäten* der *Oberflächengewässer* und des *Grundwassers* zu *verbessern* und in einen *guten Zustand* zu *versetzen*. In der *Gemeinde Recke* wurden die *wenigen Beratungsansätze* der *Vergangenheit* nicht zuletzt mit dem *Argument* gebremst, dass nach *Aussage des Fachbereichsleiters* die *Verantwortlichkeit* zur *Umsetzung* nicht bei der *Gemeinde* liege. Diese *Aussage* wurde *kürzlich* seitens der *Fachbehörden* *korrigiert*. Demnach sind die *Kommunen* für die *Umsetzung* sehr wohl *mitverantwortlich*.

Im *Fachausschuss* wurde auch *deutlich*, dass es *bzgl. der Umsetzung* in *Recke* bereits *fünf vor Zwölf* ist, will man die *aktuell noch umfangreichen Fördermöglichkeiten* nutzen. Je länger man mit der *Umsetzung* wartet, desto höher wird der *finanzielle Eigenanteil* der *Kommunen*, letztlich können sogar *Strafzahlungen* bei *mangelhafter Umsetzung* erfolgen.

Folgerichtig findet sich in diesem Haushalt mit 50 T€ erstmals ein *nennenswerter Ansatz* für den *Grunderwerb* zur *Umsetzung* von *Maßnahmen* an der *Recker Aa*. Die *Umsetzung* von *Maßnahmen*, die unter *fachlicher* und

finanzieller Beteiligung der Fachbehörden bzw. -verbände sowie der Naturschutzstiftung des Kreises erfolgen soll, führt nicht nur zu einer ökologischen Aufwertung der Recker Aa, sondern bietet zudem die Möglichkeit sog. Ökopropfitpunkte zu bekommen, die dann als ökologischer Ausgleich bei anderen Vorhaben angerechnet werden können. Somit ergibt sich also ein doppelter Nutzen für unsere Gemeinde.

Für Investitionen im Bereich der Straßenbeleuchtung stehen in diesem Jahr wiederum lediglich 10 T€ zur Verfügung. Mit diesem Betrag ist eine nennenswerte Modernisierung und Optimierung natürlich nicht möglich, hierbei kann es sich im Wesentlichen um Ersatzbeschaffungen und kleinere Maßnahmen handeln. **Das KBR vermisst eine zielgerichtete Konzeption.** Dass es ein entsprechendes Konzept nicht gibt, darf aber nicht verwundern. Der Bürgermeister hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass das Thema „Optimierung der Straßenbeleuchtung und Abschaffung der Nachtabstaltung“ bei ihm keine hohe Priorität besitzt. Die Bachelorarbeit, die vor einem Jahr vorgestellt wurde, hat kaum verwertbare Ergebnisse gebracht und innerhalb der Verwaltung kann man das notwendige technische Knowhow bezüglich dieser doch recht komplexen Spezialthematik nicht erwarten.

Genau diese Komplexität hat seinerzeit das KBR dazu veranlasst, die Einschaltung eines Fachbüros zur Erstellung eines Konzeptes zu beantragen. Das Ergebnis kennen wir alle, der Antrag wurde aus rein wahlkampfaktischen Überlegungen der CDU abgelehnt. Heute sind wir alle über zwei Jahre älter, aber leider noch nicht weiser geworden. Da wäre doch ein gehöriges Maß an kritischer Selbstreflexion innerhalb der CDU angebracht.

Es wäre natürlich einfach, jetzt zusätzlich einen Betrag x zu beantragen, um bereits in diesem Jahr umfangreichere Modernisierungsmaßnahmen

durchzuführen. Aufgrund des offensichtlich fehlenden Gesamtkonzeptes wäre das aber lediglich teuer Aktionismus, den wir uns aufgrund unserer finanziellen Lage generell und in diesem Jahr erst recht nicht leisten können. Natürlich bleiben wir bei unserem Ziel, durch Optimierungen der Straßenbeleuchtung die Kosten und Abschaltzeiten zu mindern.

Daher beantragt das KommunalBündnis Recke:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Ratsgremien bis zu den kommenden Haushaltsberatungen ein umfassendes Sanierungskonzept und eine daran angepasste Finanzplanung vorzustellen.

Bei der Einbringung seines Haushaltsentwurfes hat der Bürgermeister bereits vorsorglich darauf hingewiesen, dass für Maßnahmen zur Entspannung der Parkplatzsituation am Steinbecker Sportplatz bzw. Hotel Gronheid keine Gelder eingeplant sind, da die entsprechenden Gespräche mit den Grundstückseigentümern noch nicht so weit fortgeschritten seien. Da macht er sich die Sache doch zu einfach. Die Problematik ist seit vielen Jahren bekannt, wurde aber immer wieder ignoriert. Erst seitdem im vergangenen Jahr der Sportverein sowie der Rat Kenntnis von einer bereits viele Jahren alten vertraglichen Verpflichtung seitens der Gemeinde gegenüber der Familien Gronheid erfahren haben, wurde das Thema wieder aufgegriffen. Auch wenn eine Lösung nicht einfach ist, ist aus unserer Sicht allen Beteiligten eine erneute lange Hängepartie nicht zuzumuten. Wenn es Zusagen der Gemeinde gibt, dann müssen sie zeitnah umgesetzt werden. Und Probleme lösen sich in der Regel nicht dadurch, dass man sie immer weiter vor sich herschiebt.

Daher beantragt das KommunalBündnis Recke:

Die Verwaltung wird beauftragt, in enger Absprache mit den Grundstückseigentümern und dem Sportverein Grün-Weiß Steinbeck bis zur

Sommerpause Möglichkeiten zu erarbeiten, im Bereich des Sportzentrums Steinbeck zusätzliche Parkflächen zu erstellen.

Ein weiteres Thema, das bereits länger unter den Nägeln brennt, ist der Antrag der kath. Kirchengemeinde Steinbeck auf einen Zuschuss für die Sanierung bzw. zum Umbau der Friedhofskapelle. In Recke übernehmen die Kirchengemeinden die eigentlich kommunale Aufgabe des Friedhofswesens. Die Bürgerinnen und Bürger profitieren davon, da sich die Friedhofsgebühren auf einem deutlich niedrigeren Niveau befinden wie bei kommunal geführten Friedhöfen beispielsweise in Ibbenbüren oder auch in Mettingen.

Die Notwendigkeit einer grundlegenden Sanierung kann sicherlich niemand bestreiten. Außerdem kommen zukünftig verstärkt neuere Entwicklungen dazu. Durch das sich ändernde Verhältnis vieler Bürger zur Kirche werden häufiger Begräbnisse ohne anschließende Trauerfeier in der Kirche stattfinden. Somit muss die Friedhofshalle auch derart ausgestattet sein, dass dort ein würdevoller Abschied von den Verstorbenen möglich sein wird.

Aufgrund der rechtlichen Vorgaben des Bistums müssen die Gebühren für die Grabstellen aber auch die übrigen Bestattungsgebühren kostendeckend kalkuliert werden. Das bedeutet, dass die durch Baumaßnahmen entstehenden Kosten letztlich über die Gebühren refinanziert werden müssen.

Dies wird in Steinbeck unweigerlich zu höheren Gebühren führen, wobei dem natürlich auch deutliche qualitative Verbesserungen entgegenstehen. Als Kommune sind wir verpflichtet, nach Möglichkeit gleichwertige Bedingungen in allen Ortsteilen zu gestalten. Insofern sollten sich auch die Bestattungsgebühren auf relativ einheitlichem Niveau bewegen. Hier ist sicherlich die Kirchengemeinde selber gefordert, den Kostenrahmen

entsprechend zu gestalten, aber auch die Möglichkeiten der für den Sommer anstehenden Fusion zu nutzen, einheitliche Gebühren festzulegen.

Natürlich ist aber auch die Gemeinde Recke gefordert. Im Ortsteil Recke wurde seinerzeit der neue Friedhof und damit einhergehend die Friedhofshalle aufgrund alter Vereinbarungen von der Gemeinde Recke finanziert. Das ist in Steinbeck natürlich nicht zu leisten. Dennoch sollte nicht zuletzt auch aus Gründen einer möglichst großen Gleichbehandlung auch für Steinbeck ein adäquater Zuschuss gewährt werden. Bezüglich der Höhe eines Zuschusses haben wir intensiv diskutiert.

Es wäre sicherlich hilfreich gewesen, wenn zur Entscheidungsfindung eine Aufstellung der geplanten Kosten vorgelegen hätte. Letztlich wird ein zeitgemäßer Umbau doch mit erheblichen Kosten verbunden sein. Daher stimmen wir dem Verwaltungsvorschlag einer finanziellen Beihilfe von 25000 € zu.

Das KommunalBündnis Recke beantragt aber zusätzlich:

Für das Haushaltsjahr 2017 verpflichtet sich der Rat der Gemeinde Recke über einen zusätzlichen Zuschuss für die katholische Kirchengemeinde Steinbeck auf der Grundlage der tatsächlichen Baukosten und sich daraus ergebenden Bestattungsgebühren zu beraten.

Im Bereich der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen fällt auf, dass dort ein um über 700 T€ deutlich erhöhter Ansatz vorliegt. In den vergangenen Jahren wurden aufgrund des strengen Haushaltskonsolidierungskurses Instandhaltung- und Unterhaltungsmaßnahmen verschoben, sodass sich ein gewisser Sanierungsstau ergeben hat. Diesen gilt es sukzessive abzubauen um somit einen verstärkten Substanzverlust zu vermeiden.

Bereits während der Diskussion um die Verwendung des Mittel aus dem Konjunkturpaket II haben wir eine Sanierung der über 40 Jahren alten Toiletten an der Raphael-Grundschule gefordert, einen weiteren Antrag gab es dann im April 2014. Daher freuen wir uns besonders darüber, dass jetzt für das Jahr 2016 110 T€ für die längst überfälligen Sanierungsmaßnahmen im Haushalt veranschlagt sind. Weitere Ansätze betreffen die Dreifachsporthalle in Recke, auch dort mussten für 2015 vorgesehene Maßnahmen verschoben werden. Neben der Sanierung der Umkleidekabinen 3 und 4 soll u. a. auch ein Leuchtmitteltausch auf LED erfolgen. Die Umstellung auf LED-Beleuchtung ist aus finanziellen und klimapolitischen Zielen nur zu begrüßen. Bereits im letzten HH-Jahr hat es Umstellungen der Beleuchtung in Sporthallen gegeben. Im Anschluss daran wurde seitens der Nutzer durchaus Kritik am Ergebnis geäußert. Auch hier wäre der Einsatz eines Fachbüros sicherlich zielführend gewesen.

Eine weitere Maßnahme, zu der wir bereits in der Vergangenheit verschiedene Anträge gestellt haben, ist die Sanierung der Heizungsanlage im Rathaus. Auch hier kommt jetzt endlich Bewegung ins Spiel. So ist die Erneuerung der Heizungsanlage und Ersatz der Kohle durch einen anderen Energieträger ein wesentlicher Teil der für 2017 geplanten energetischen Sanierung des Rathauses. In diesem Jahr sollen zunächst umfangreiche Planungen vorgenommen werden, um dann im nächsten HH-Jahr die Mittel, die u. a. aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz bereitgestellt werden, sinnvoll einzusetzen.

Die ambitionierten Ziele, die die internationale Staatengemeinschaft auf dem UN-Klimagipfel von Paris im Dezember 2015 verabschiedet hat, können nur dann umgesetzt werden, wenn konkrete Klimaschutzmaßnahmen auf allen Ebenen umgesetzt werden. Mit der Verabschiedung des Klimaschutzkonzeptes hat der

Rat den Rahmen für Recke gesetzt, auch hier gilt es jetzt konkrete Maßnahmen anzupacken, wie eben die Sanierung des Rathauses, der Straßenbeleuchtung.

Trotz aller energetischer Optimierungsmaßnahmen werden wir natürlich auch weiterhin Energie beziehen müssen. Bei der oben bereits genannten Umstellung der Heizungsanlage sollte intensiv der Einsatz regenerativer Quellen geprüft werden. Bezüglich der Stromversorgung sollte bereits heute der Bezug von Ökostrom eine Selbstverständlichkeit darstellen. Schließlich hat die Kommune auch eine Vorbildfunktion. Wir haben in den vergangenen Jahren bereits die Prüfung eines Anbieterwechsels und den Bezug von Ökostrom beantragt. Leider immer ohne Erfolg.

Allerdings hat Herr Reiners vor kurzem mitgeteilt, dass die Gemeinde Recke den Wechsel zu den Stadtwerken Tecklenburger Land vollzogen und gegenüber dem Altvertrag mit der RWE mehrere Tausend Euro eingespart hat. Insofern hat sich der erste Teil unserer Altanträge erledigt.

Daher beantragt das KommunalBündnis Recke:

Die Verwaltung wird beauftragt, zum nächst möglichen Termin die Umstellung der Stromversorgung auf den Ökostromtarif der Stadtwerke Tecklenburger Land vorzunehmen.

„NRW-Kommunalpolitiker erhalten mehr Aufwandsentschädigung!

Der Befund ist alarmierend und wird in NRW inzwischen parteiübergreifend geteilt: Die kommunalpolitischen Vertretungen im Land sind längst kein Spiegelbild der Gesellschaft mehr. In Kreistagen, Räten und Bezirksvertretungen engagieren sich vorwiegend noch Rentner und Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes. Bei der Aufstellung der Reservelisten zur Kommunalwahl tun sich alle etablierten Parteien schwer, Kandidaten für das

zeitaufwendige Ehrenamt zu finden. NRW will nun umsteuern und die Kommunalpolitik wieder attraktiver machen. In einem ersten Schritt sollen zum 1. Januar 2016 alle rund 20.000 Kommunalpolitiker im Land einmalig zehn Prozent mehr Aufwandsentschädigung erhalten.“ (WAZ 25.11.2015)

Dazu ein Kommentar in Online-Auftritt der WAZ: „ Je höher die Schulden, je größer die Schäden durch Ratsvertreter, desto höher die Aufwandsentschädigung! Toll!!!

Natürlich muss man über die Notwendigkeit einer Erhöhung, die in Recke mit 8500 €/Jahr zu Buche schlägt, diskutieren.

Man muss aber noch viel mehr über die Ursachen der oben angesprochenen mangelnden Attraktivität der Kommunalpolitik sprechen.

Dabei gilt doch gerade die Kommunalpolitik mit dem engsten Bezug zum Bürger, dem Souverän unseres Staates, als Grundstein unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Diese bietet uns ein Höchstmaß an Freiheiten, Rechten und Mitbestimmungsmöglichkeiten. Viele Bürger sehen unsere Demokratie als selbstverständlich an, vielleicht als ein Geschenk, das man einmal bekommen hat und somit immer behalten darf. Damit liegen sie aber falsch. Während in vielen Teilen der Welt Menschen für die Grundrechte noch kämpfen und leider auch sterben müssen, verstärken sich bei uns in Europa Tendenzen, schon lange Zeit bestehende Fundamente der Demokratie zu beschädigen, wie die Beispiele aus Ungarn, Polen und auch der Türkei zeigen.

Man muss unsere demokratische Ordnung eher als Privileg bezeichnen, das es immer wieder zu verdienen und zu verteidigen gilt. Und trotzdem sinkt das Engagement!

Am 01.06. des vergangenen Jahres fand eine turnusmäßige Interfraktionelle Runde im Rathaus statt. Unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ präsentierte der Bürgermeister drei Ausführungsvarianten für die Erneuerung der Aa-Brücke am Stichlingspatt und bat um ein Meinungsbild. Die Vertreter aller drei vertretenen Fraktionen sprachen sich für eine optisch ansprechende Kombination aus Stahl und Holz aus. Rein zufällig im Rahmen der Auftragsvergabe im Bauausschuss am 20.08. erfuhren wir, dass nicht die von den Fraktionen präferierte, sondern die seitens der Verwaltungsspitze bevorzugte reine Stahlkonstruktion in Auftrag gegeben werden sollte. Daraufhin beantragte unsere Fraktion eine Vorstellung der Varianten und Beschlussfassung in der nächsten öffentlichen Sitzung des Bauausschusses. Dieses wurde abgelehnt mit dem Hinweis, dass bei „Verzug des Zeitplanes die jetzige Brücke zu sperren sei“. Wie wir alle wissen, wird die Brücke gerade erst jetzt erneuert, ohne dass sie zuvor gesperrt werden musste. So etwas umschreibt der Volksmund wohl mit: „für dumm verkaufen!“

Ein weiteres Beispiel, hier zitiere ich Auszüge aus meiner Rede aus dem Jahr 2015:

„Mit dem Umbau oder Neubau des Feuerwehrstandortes möchte ich nun einen dritten Punkt im Bereich Infrastruktur ansprechen, der dem KBR am Herzen liegt....

Ich möchte ...deutlich sagen, dass es aus Sicht des KBR dringenden Handlungsbedarf gibt.....

Wir sollten ernsthaft darüber nachdenken, zwingend erforderliche Investitionen wie den Neu -oder Umbau vorzuziehen. ...

Konkret bedeutet dies: Im Jahr 2015 bedarf es erheblicher Anstrengungen im Bereich der Planung, damit dann hoffentlich bereits im nächsten Frühjahr mit den Baumaßnahmen begonnen werden kann.

Daher beantragt das KBR, die Verwaltung möge in den Beratungen am 10.02. auch Möglichkeiten eines vorzeitigen Baubeginns aufzeigen."

Seitdem hat sich was getan: Die CDU hat einige Monate später einen vergleichbaren Antrag gestellt, die Zinswende wurde durch die Entscheidung der amerikanischen Notenbank FED gegen Ende des letzten Jahres bereits eingeläutet.

Ansonsten ist aber nicht viel geschehen: Es hat immer noch keine Beratung und Entscheidung zu einem möglichen Standort gegeben, erst am vergangenen Samstag hat es eine Besichtigung möglicher Bauvarianten gegeben. Dabei hätten Planungsschritte durchaus schon im vergangenen Jahr erfolgen können. Das alles aber war von der Verwaltungsspitze nicht gewollt, sie will unbedingt **ihren** Zeitplan umsetzen.

Aus unserer Sicht müssen die Standortfrage jetzt dringend geklärt und die weiteren Planungsschritte auf den Weg gebracht werden.

Geben Sie mal über die Recherchefunktion in unser Ratsinfomanagement die Begriffe „ WLAN“, „Busverbindung nach Rheine“ oder „Weiterführung der Westumgehungs“, ein. Sie werden im öffentlich zugänglichen Bereich den Verweis auf Anträge aus unserer letzten Haushaltsrede finden. Anträge ja, aber weder eine Vorlage, noch einen Hinweis auf eine Beratung und erst recht kein Ergebnis. Der Grund: Die Verwaltungsspitze untergräbt die Behandlung solcher Anträge in den Fachausschüssen. Dass sie dabei sogar gegen die Rechtsvorschriften der Gemeindeordnung NRW und der Geschäftsordnung des Rates der Gemeinde Recke verstößt, scheint ihr ziemlich egal zu sein.

Sicherlich wird der Bürgermeister jetzt wieder reflexartig auf die hohe Arbeitsbelastung im Allgemeinen und auf die Mehrarbeit im Bereich der Flüchtlingsbetreuung verweisen.

Dem muss man allerdings entgegenhalten, dass die „Anträge“ bereits im Februar 2015 gestellt wurden, die Auswirkungen der Flüchtlingsbewegungen aber erst später deutlich spürbar wurden.

Außerdem hat die Verwaltungsspitze im gleichen Zeitraum durchaus die personellen und finanziellen Ressourcen gesehen, eine Planung zur Umwandlung des Spielplatzes in ein Baugrundstück in kürzester Zeit bis zur Beschlussreife voranzubringen.

Es ist also vor allem die Prioritätensetzung seitens der Verwaltungsspitze, die hier über Behandlung bzw. Nichtbehandlung von Anträgen und somit über politischen Weichenstellungen entscheidet.

Dabei sind die politischen Entscheidungen dem Rat als „oberstem gemeindlichen Organ“ und Vertretung der Bürger vorenthalten, Aufgabe der Verwaltung ist die Vorbereitung und Umsetzung entsprechender Ratsbeschlüsse.

Was bewirkt dieser schleichende Prozess der Entmachtung der Räte, somit die Entmachtung des Volkes als oberster Souverän?

Menschen, die sich mit vollem Enthusiasmus um ein Ratsmandat beworben haben, geben nach wenigen Jahren enttäuscht auf. Ein fatales Signal.

Noch schlimmer sind jedoch die Signale, die beim Bürger ankommen.

Immer wieder wirft man uns vor, wir würden „Show-Anträge“ aus reinem Profilierungs- und Geltungsbedürfnis stellen. Eine absolute Respektlosigkeit. Einige Anträge beruhen auf Beobachtungen unserer Fraktionsmitglieder, andere aber auf Informationen bzw. Anregungen, die aus der Bevölkerung an uns herangetragen werden.

Was muss jedoch ein Bürger denken, wenn sein Anliegen zwar noch als Antrag an die Ratsgremien formuliert, anschließend aber nicht mehr beraten und

entschieden wird? Diese Person verliert den Glauben an den Sinn von Ratsarbeit, wird sicherlich selber kein Engagement für die politische Arbeit aufbringen und wird auch nicht mehr zur Wahl gehen. Eine Wahlbeteiligung von weit unter 50 % bei der Bürgermeister- und Kreistagswahl des letzten Herbstes sollten Warnung genug sein.

Solange diese grundsätzlichen Probleme bestehen, werden die Versuche zur Attraktivitätssteigerung - beispielsweise über höhere Aufwandsentschädigungen - allesamt wirkungslos verpuffen.

Insofern werden Sie sich sicherlich nicht wundern, dass wir natürlich auch in diesem Jahr wieder unseren „Traditionsantrag“ zur Umstellung und somit Reduzierung der Aufwandsentschädigungen stellen.

Das KommunalBündnis Recke beantragt die Umstellung der monatlichen Pauschale zugunsten der Zahlung eines reduzierten monatlichen Pauschalbetrages zuzüglich eines Sitzungsgeldes.

Außerdem ist aus unserer Sicht die Einführung eines Antragskatasters ein möglicher Schritt, mehr Transparenz und Effektivität in die Ratsarbeit zu bringen. Wir wollen da kein bürokratisches Monstrum, sondern lediglich eine tabellarische Aufstellung über das Eingangsdatum, den Antragssteller, den Titel des Antrages mit Verlinkung auf das entsprechende Dokument im Ratsinfomanagement sowie den Bearbeitungsstand. Dieses Kataster könnte ohne unzumutbaren Aufwand eingerichtet und gepflegt werden.

Daher beantragt das KommunalBündnis Recke die Einführung eines solchen Katasters rückwirkend zum 01.01.2015.

Ich habe eben bereits unseren Antrag zum WLAN aus dem letzten Jahr angesprochen. Bei einer Beratung des Antrages wäre unweigerlich auch die

Diskussion über die Errichtung eines Freifunknetzes erfolgt. In unserer Nachbarschaft gibt es bereits entsprechende Initiativen. Von einer Einrichtung eines Freifunknetzes würden große Teile der Bevölkerung profitieren. Aber auch für unsere Flüchtlinge wäre so ein Netz von großer Bedeutung. Diese Menschen können oftmals nur über das Internet Kontakt zu ihren Angehörigen in ihren Heimatländern halten, bekommen oft nur über das Internet detailliertere Informationen über die Lage in ihren Herkunftsländern und können letztlich auch auf Sprachlernprogramme im Internet zurückgreifen. Der Zugang zum Internet ist somit für diese Menschen kein Luxus, sondern eine absolute Notwendigkeit.

Daher beantragt das KommunalBündnis Recke:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten zur Einrichtung eines Freifunknetzes in Recke im nächsten Fachausschuss vorzustellen. In diesem Zusammenhang sollen Vertreter solcher Initiativen aus der Nachbarschaft der Gemeinde Recke eingeladen werden.

Verehrte Ratskolleginnen und Kollegen,

wir haben wiederum Anträge eingebracht, die unsere Kommune aus unserer Sicht mit vertretbaren finanziellen Mitteln qualitativ nach vorne bringen. Einige Anträge haben sicherlich eher einen Impulscharakter, hier gilt es gemeinsam schlüssige Lösungen zu entwickeln. Daran sollten sich neben der Verwaltung und allen Ratsmitgliedern auch Vereine und Verbände und damit unsere Bürgerinnen und Bürger beteiligen können.

Wir sind zu Gesprächen bereit, bitten senden Sie entsprechende Signale. Und stimmen Sie dann unseren Anträgen zu.

Dem Haushaltsentwurf und dem Stellenplan des Jahres 2016 wird die KBR-Fraktion grundsätzlich ihre Zustimmung erteilen.

Am Ende meiner Rede möchte ich natürlich auch in diesem Jahr allen Bürgerinnen und Bürgern danken, die sich Jahr auf vielfältige ehrenamtliche Weise um das Gemeinwohl verdient gemacht haben und noch immer machen, und sie dazu ermuntern, auch weiterhin aktiv zu bleiben. Ohne ehrenamtliches Engagement wäre Recke um einiges ärmer.

Ein weiterer Dank geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Jürgen Visse, Fraktionsvorsitzender

Es gilt das gesprochene Wort!